

Ihr Stelle... 2,50 M., durch die Post... 25 M. ausl. Postgebühren...  
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Beitung“ eingetragen.  
Für unentgelt eingehende Anzeigen...  
Verantwortl. Red. Dr. 1189; Ver. Dr. 1189.  
Verlags-Geschäftsstelle: Große Mühlstraße 63, I; Leipziger Str. 500 u. 501.

# Saale-Beitung.

Zweihundertsechzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise...  
Erachtet wöchentlich...  
Abteilung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braubachstr. 17;  
Rezeptions-Geschäftsstelle: Markt 24.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Mühlstraße 63, I; Leipziger Str. 500 u. 501.

Nr. 257.

Halle a. S., Mittwoch, den 3. Juni

1908.

## Die „proletarische Friedensarmee“.

Man schreibt uns:  
Wenn ein Fürst oder ein Staatsmann oder die nationale Presse eines Landes Aeußerungen vernehmen lassen, die als eine Drohung anderen Ländern gegenüber aufgestellt werden könnten, so kann man sicher sein, daß die sozialdemokratische Presse großen Kram über das „Säbelgerassel“ schlägt. Wenn aber die maßgebenden Persönlichkeiten Worte des Friedens vernehmen lassen, so ist dies der Sozialdemokratie auch wieder nicht recht. Denn sie erkennt nicht an, daß die Fürsten und ihre Staatsmänner den Frieden aufrechterhalten wollen und können, sondern dieses Verdienst soll allein der Sozialdemokratie zufommen. So schreibt beispielsweise der „Vorwärts“ gelegentlich der zwischen dem englischen Könige und dem französischen Präsidenden gewechselten Trinksprüche:

„Daß aber die Worte von der Bewahrung des Friedens keine leeren Worte bleiben, dafür bürgt nicht die vorübergehende Konstellation, die die imperialistischen Bedürfnisse der kapitalistischen Nationen erzeugen, sondern einzig und allein die Stärke der proletarischen Friedensarmee.“

Es erscheint uns doch nicht unwichtig, diese Vorurteile zu widerlegen. Denn die fortwährend wiederkehrenden Versicherungen der sozialdemokratischen Presse, daß ihre Partei allein den Frieden erhalten könne, sind nicht nur Rühmredigkeit — wäre dies der Fall, so könnte man über diesen Größenwahn mit philosophischem Lächeln hinweggehen —, sondern sie bezwecken, der Partei ihre Anhänger zu erhalten und ihr neue Rekruten zuzuführen. Sie spezifizieren nämlich auf das den Völkern innewohnende Friedensbedürfnis und ferner auf die menschliche Eigenschaft, zu glauben, was immer und immer wieder mit dem Brustton der Überzeugung vorgetragen wird. Wenn also den Massen immer wieder erzählt wird, daß nur eine starke Sozialdemokratie den Frieden erhalten könne, weil sie die Macht habe, zu hindern, Krieg zu führen, so glauben die Leute das schlichtest und sie stützen der Sozialdemokratie zu, um dieses angebliche Friedensbündel zu verstärken und damit ihren eigenen Interessen zu dienen.

Wann und wo aber hätte die Sozialdemokratie in Wirklichkeit einen Krieg jemals verhindert? Prüfen wir die Ereignisse des letzten Jahrzehnts, so stoßen wir zunächst auf den gerade vor zehn Jahren geführten spanisch-amerikanischen Krieg. Die Vereinigten Staaten haben eine starke Sozialdemokratie und vor allem die festest organisierte und darum ein großes Gewicht in der Waagschale werfende Arbeiterkraft der Welt; in Spanien ist die Sozialdemokratie sehr kräftig und es kommt ihr unter Umständen auch darauf nicht an, ihrer Meinung durch einige Bomben ein wenig Nachdruck zu verleihen. Hat die Sozialdemokratie, haben die Arbeiterkräften beider Länder den Krieg verhindern können? Nicht vielmehr als ein Jahr später entbrannte der Krieg um die beiden südamerikanischen Republikan. Wo blieb damals die englische Arbeiterkraft, die sozialistische ebenso wie die nichtsozialistische? Sie schrie aus Leibesträften mit Hurra! als die Nachrichten von der Gefangennahme Cronjes und der Entsetzung von Roboy-Smith nach London gelangten. Nicht volle drei Jahre nach der Beendigung des Burenkrieges entbrannte der russisch-japanische Krieg. Die japanische Sozialdemokratie war damals allerdings erst im Entstehen begriffen, aber Rußland besaß bereits eine große sozialistische Partei, deren Anhänger denn auch während des Krieges ihre Friedenssehnsucht durch zahlreiche Attentate bekundeten. Aber nicht diese revolutionären Zustände in Rußland brachten den Frieden, sondern die Erfolge der japanischen Armee und Flotte, vor allem die Seeschlacht von Tsushima.

Wir haben also in noch nicht einem Jahrzehnt drei große Kriege gehabt und wenn es nicht noch ein paar mehr gegeben hat, so ist dies gewiss nicht der Sozialdemokratie zu danken. Wollten doch die Sozialdemokraten während des russisch-japanischen Krieges noch einen englisch-russischen und womöglich auch einen deutsch-russischen mit aller Gewalt herbeiführen. Nicht die sozialistische Friedensliebe, sondern die friedliche Gesinnung und die Einsicht der regierenden Kreise haben diese Kriege verhindert.

Auch jetzt noch steht es um die sozialdemokratische Friedensliebe einigermaßen zweifelhaft an. In demselben Artikel, dem wir den Satz von der „proletarischen Friedensarmee“ entnommen haben, verhöhnt der „Vorwärts“ den „schwächlichen Dreiebund“, dem der „viel wichtigere englisch-französisch-russische Bund“ gegenüberstehe. Was heißt dies anders als den Rußen, Engländern und Franzosen nachzusehen, den angeblichen schwächeren Dreiebund über den Saußen zu kennen? Nun, glücklicherweise lassen sich die Leiter der Geschäfte der europäischen Großmächte eben-

sowenig von der Sozialdemokratie in einen Krieg hineinziehen, wie sie sich von der Sozialdemokratie kommandieren lassen, ob und wann sie den Frieden aufrechtzuerhalten haben. Praktische Folgen wird also der nachfast patriotische Hinweis des „Vorwärts“ auf die angebliche Schwäche des Bündnisverhältnisses, dem Deutschland angehört, nicht haben. Wohl aber ist dieser Fall charakteristisch für die Würdigung der Bedeutung und der Gesinnung der „proletarischen Friedensarmee“.

## Es bleibt bei der Fahrkartensteuer?

Mit der Beseitigung der verkehrsfeindlichsten aller Steuern (der Fahrkartensteuer), einer Tat, von der optimistisch veranlagte Menschen, an denen ja, Gott lob, im Deutschen Reiche noch kein Mangel ist, träumen, geht es nicht so rasch. Die „Königliche Zeitung“ verrät in einer Berliner Zuschrift, die wahrscheinlich offiziellen Ursprungs ist, daß nach ihrer Erkundigung nicht anzunehmen sei, daß „über die Abschaffung, Abänderung oder Beibehaltung der Fahrkartensteuer irgendwelche Beschlüsse gefaßt werden, ehe man sich darüber klar geworden ist, welche Gestalt der Reichsfinanzreform gegeben werden soll. Dann fährt das rheinische Blatt in seinen Betrachtungen fort:

Die sämtlichen Verkehrsministerien der deutschen Einzelstaaten sind nach den bisherigen Erfahrungen durchweg Gegner einer Fahrkartensteuer und sind es auch früher immer gewesen. Aber man muß, wie an amtlicher Stelle betont wird, bedenken, daß der jährliche Ertrag der Fahrkartensteuer, wenn sich auch die auf sie gesetzten Erwartungen keineswegs erfüllt haben, für den Reichshaushalt auf 18—20 Millionen zu schätzen ist, und daß daher die Abschaffung der Steuer erst dann ins Auge gefaßt werden könne, wenn die Reichsfinanzreform Erfolg für den Einnahmehausfall mache. Man weist darauf hin, daß es ein Fehler und ein Mangel bei einer wirklich großzügigen Finanzreform sein würde, wenn nicht die Abschaffung, sondern nur die Abänderung der Fahrkartensteuer beabsichtigt würde. Im letzteren Falle würde dann wohl das richtige sein, um neuerdings festliche und Behauptung bei der Fahrkartensteuer zu vermeiden, unter Freilassung der Fahrkarten mit einem Fahrpreise von unter zwei Mark, einen durchgehenden sehr niedrigen Wertempfel auf die Fahrkarten aller Klassen zu legen. Eine derartige Fahrkartensteuer ist nach den Erfahrungen in anderen Ländern verhältnismäßig leicht zu veranlagern und zu erheben und sie hat auch, falls sie ihrer Höhe wegen nicht zu drückend wirkt, auf die Benutzung der verschiedenen Wagenklassen keinen Einfluß. Sie würde also die Fahrkartensteuer in ihrer jetzigen Gestalt in großem Umfange mit sich gebracht hat, nicht verunzugen.

Mit der jetzigen Fahrkartensteuer ist man nach unserer Ansicht überall sowohl im Hinblick auf den Verkehr, die gleichmäßige Ausnutzung des Personenwagenparks sowie auch im Hinblick auf das finanzielle Erträgnis so unzufrieden, daß es nicht verhandelt werden würde, wenn als Vorbereitung für die Abschaffung oder Abänderung zunächst „weitere Erfahrungen“ und „statistische Unterlagen“ abgewartet werden würden.

## Das Urteil im Prozeß Schiwara.

Eine ganz exemplarische, aber in Anbetracht der Schwere des Verbrechens durchaus gerechtfertigte Strafe verhängte das Reichsgericht über den des Hochverrats angeklagten „Journalisten“ Schiwara. Aus Leipzig wird uns telegraphiert:

Der Angeklagte Schiwara wurde zu 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Fünf Monate der Untersuchungshaft wurden angerechnet. Der Angeklagte wurde für schuldig befunden eines vollendeten und versuchten Hochverrats nach § 1 und eines vollendeten und versuchten Hochverrats nach § 3 des Spionagegesetzes in fortgesetzter Handlung. Bei der Strafzumessung wurde in Betracht zu ziehen die gemeine und ehrlose Gesinnung, die der Angeklagte an den Tag gelegt hat und die große Gefährlichkeit seiner Handlungswelt. Festgestellt ist, daß er sich von Unteroffizieren und außerdem durch den Besuch von Salons und Besuchsplätzen Kenntnis von geheim zu haltenden militärischen Dingen verschafft hat.

## Deutsches Reich.

### Sof- und Personalsnachrichten.

- Der Reichsstaatskanzler empfing gestern den schwedischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten v. Trolle.
- Der Unterstaatssekretär im Reichsstatistikamt Dr. v. Lindequist ist Sonntag von seinem Erholungsurlaub den er in Wiesbaden verlebte, nach Berlin zurückgekehrt und hat für den vereitelten Staatssekretär die Leitung der Geschäfte des Reichsstatistikamts übernommen.
- Anfang Juli wird die Kaiserin in Rußland, die jetzt den russischen Wirren keine Reise mehr in das Ausland an-

getreten hat, in Darmstadt mit ihren Kindern eintreffen und im Jagdschloß „Wolfsgraben“ einen mehrtägigen Aufenthalt nehmen.

## Die Bedeutung der Wahrheit in Rechtsgebung und in der Rechtsprechung.

Die Tatsache, — so schreibt Justizrat Dr. Sturm, Rechtsanwalt und Königk. Referent in A. u. M. u. R. a. S., in einer kürzlich erschienenen und hiermit warm empfohlenen Broschüre, — daß wir im Deutschen Reiche zur Entscheidung wichtiger Streitigkeiten wie zur Entscheidung in den höheren Instanzen an Stelle des Einzelrichters den „Gerichtshof“, d. h. eine Mehrzahl von Richtern, eingesetzt finden, ist an sich wert, einmal in ihrer wissenschaftlichen Bedeutung erwogen zu werden. Sie ruft aber diese Erwägung geradezu hervor, wenn jetzt von Regierungsseite eine Veränderung dahin beabsichtigt wird, daß an Stelle des „Gerichtshofs“ in zahlreichen Fällen der einzelne Amtsrichter treten soll. Demgegenüber stellt Dr. Sturm den Grundgedanken auf, daß nur das Urteil des „Gerichtshofs“ wissenschaftlich Recht schafft und daß das noch so bedeutende Einzelurteil gemäß der Rechtsübung diese Wirkung nicht besitzt. Die Notwendigkeit des Ueberblicks aber und der Einheit der Verbandlung und Beratung ergibt von selbst, daß nur eine kleinere Anzahl von Juristen den Gerichtshof bilden kann. Immerhin jedoch fällt die Forderung ins Gewicht, daß gemäß der Übung die Zahl der Richter mit der Wichtigkeit der Sache wachsen muß. In dieser prozessualen Rechtsübung sieht Sturm ein bislang verkanntes vollgültiges Uebungsrecht, das dem Wesen des Rechts entspricht. In den gesagten Körperlichkeiten kamen ja auch die neuen Rechtsvorschriften aus der Wahrheit heraus zum Vorschein und zur Geltung. Das Recht wird eben in der Wahrheit! Die Wahrheit der Lebensfälle fordert das Gesetz heraus. Nur die Fassung der Gesetze ist Sache der Juristen. Auch im Zweifel an dem, was Recht ist, fragen wir die Wahrheit; daher sind die Korrekturen wichtig. Die scheinbare Abhängigkeit von der Wahrheit ist ihrer rechtliche Freiheit, und das ist der letzte Grund der historischen Natur des Rechts.

Die Rechtswissenschaft lehrt den Juristen nur, in den Lebensverhältnissen die Rechtsverhältnisse zu beurteilen. Das äußerlich wichtige Rechtswort selbst jedoch soll den theoretisch geschulten Studenten in die Praxis des Lebens einfließen, die sich auf der Fülle von Rechtsfällen aufbaut. Der so gekulte Mann steht über den Dingen als Richter und Finder ihrer Rechtsordnung.

Eine notwendige Folge der Wahrheit im Gerichtshof ist ferner, daß vor ihm nur Anwälte in Zivilsachen plädieren können, und es ist nicht zu bezweifeln, daß man so häufig über den Anwaltszwang ein Geheiß erhebt. Der Amtsrichter ist sozusagen zunächst Anwalt beider Parteien. Er fragt das Juristische, von dem sie meist keine Ahnung haben, aus ihnen heraus, und formiert es für seinen Tatbestand. Das hat indessen seine Bedeutung, denn das Recht muß erachtet sein, es muß dem Richter vortragen werden, man muß es hören, es muß objektiv zu urteilen und nicht erst erfassen. Der ideale Rechtsgang ist und bleibt der freie juristische Vortrag des Rechtskundigen vor dem Richter. Der Richter ist doch wahrlich da, um zu richten, nicht um Klagen und Klageantwortungen zu entwerfen.

Ein Schiedsrichterium nach englischen Muster, wie man es hier und da will, widerspricht der geschichtlichen Entwicklung unseres Rechts und unserm Volksscharakter. Dies erkannt zu haben, bleibt das Verdienst der historischen Schule in der Rechtswissenschaft. Richterreferats wäre Rechtsministerung. Das Schiedsrichterium geht allein hinter die Parteien einer gegebenen und sorgfältigen Rechtsprechung, und diese dürfen nicht geopfert werden, daß der Einzelsichter rascher zum Ziele kommt. Das möge bei der Lösung der Frage nach Besetzung der Richterstellen und nach der Bedeutung des Anwaltsprozesses nicht außer acht gelassen werden. — Die vorstehend hier nur kurz skizzierten, nichtvollen u. von tiefem Willen zeugenden Darlegungen Sturms, die nach dem Willen des Verfassers der allgemeinen Rechtslage einen ganz neuen brauchbaren Stein beifügen sollen, dürften in hiesige Kreise entsprechende Beachtung in juristischen Kreisen finden. P. o.

## Berliner Fürstenempfang.

Zu diesem durch den Einzug des Königs von Schweden in Berlin wieder recht aktuell gewordenen Thema schreibt die „Frankf. Ztg.“: Seit einiger Zeit wird nun davon gesprochen, daß, wenn die Stadt große geeignete Empfangsräume besitzt, die angeblich das Rathaus nicht haben soll, obgleich wir schon manchen Empfang dafelbst, wenn auch nicht von Königen, erlebt haben, die Begrüßung der Eingehenden sich dann in diesen Empfangsräumen oder vor denselben abspielen könnte. Hinter diesen Ideen einer Veränderung des bisherigen Begrüßungszeremoniells steht aber nämlich der Plan des Fiskus, der Stadt das königliche Opernhaus zu verkaufen und zwar für einen recht hohen Preis. Der Kaiser will bekanntlich ein neues Opernhaus bauen und das alte, an dem die Berliner als einem der wenigen kaiserlichen Gebäude mit Recht hängen, soll der Stadt zum Kauf angeboten werden, und sie soll es dann im Innern zu städtischen Festräumen für kaiserliche Empfänge umbauen dürfen. Auf Grund vieler Erfahrungen der letzten Jahre möchte man

\*) Verlag der Buchhandlung des Waisenhauses, Halle a. S.

gleich fragen: nach wessen Plänen? Magistrat und Stadtverordnete werden es sich wohl reichlich überlegen, ob sie auf dieses Geschäft eingehen und werden gewiß die vage Aussicht, daß sie dann einziehende Gäste des Hofes nicht mehr am Pariser Plage zu erwarten hätten, nicht auf sich wirken lassen.

### Die Eröffnung der Schiffbau-Ausstellung.

Der Kaiser eröffnete am Dienstag in Begleitung des Königs von Schweden in den Ausstellungsräumen des Zoologischen Gartens die „Deutsche Schiffbauausstellung.“ Unter den beiden obengenannten Monarchen waren noch anwesend: die Kaiserin der Großherzogin und die Großherzogin von Baden, Staatssekretär Tirpitz, Kriegsminister von Einem, die Minister von Rheinbaben, Kolke, Delbrück, Holle, Staatssekretär Kraeffe, Feldmarschall Sante, die Admirale Müller und Radtsin, General Boehn, der Oberbürgermeister von Charlottenburg, der Vizepräsident von Berlin, der sinesische Gesandte, die Generale von Reffel und v. Pfeffen, Oberhofmeister von Gulerburg. Unter den Zuschauern befanden sich auch Marokkaner. Nach einer Ansprache von Geheimrat Bagler erklärte der Kaiser die Ausstellung für eröffnet. Unter Führung der Herren des Vorstandes erfolgte ein Rundgang. Unter den Besuchern befinden sich auch der Kaiser, der Großherzog von Oldenburg und Prinz Heinrich. Die Majestäten lehrten in das Schloß zurück. Der König von Schweden begab sich zum Frühstück nach der schwedischen Gesandtschaft, der Großherzog und die Großherzogin von Baden zum Frühstück nach der badischen Gesandtschaft.

### Oberleutnant Quade und das Reichscolonialamt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Nachricht, daß Oberleutnant Quade vom Schützentruppenkommando wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Staatssekretär des Reichscolonialamtes seinen Abschied einreichen wollte, entbehrt jeder Begründung. Differenzen bestehen nicht und haben niemals bestanden. Oberleutnant Quade hat lediglich einen Erholungsurlaub bis Ende dieses Monats angetreten.

### Aus der Sächsischen Kammer.

Die Zweite Sächsische Kammer bewilligte, wie aus Dresden gemeldet wird, 151 000 Mk. für das fünfzehnjährige Jubiläum der Union mit Leipzig, wozu ein jährlicher Staatszuschuß von 4 166 000 Mk. für die Gesamtkosten der Universität. Der Eröffnung der Lehrerbildung nach den Vorschriften der Zweiten Kammer hat die Erste Kammer zugestimmt. Außerdem hat die Zweite Kammer in namentlicher Abstimmung mit 68 gegen 6 Stimmen den Wassergesetzentwurf angenommen.

### Aus der Wahlbewegung.

**Mitgliederstand des Landtages bei der Auflösung.**  
Als der Landtag am 9. April d. J. seine Beratungen beendete, waren von den 493 Mandaten des Abgeordnetenhauses zwei erledigt: je eins für Ritterboog-Ludewald durch den Tod des freiconservativen Amtsrats Barthold und für Quersart-Merfeld durch den Tod des ebenfalls freiconservativen Amtsvorstehers Reubarth. Seitdem sind noch drei Abgeordnete durch Tod aus dem Hause geschieden. Auf 428 Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden also durch die Auflösung ihrer Mandate herabgesetzt. Die einzelnen Fraktionen zählten zu den nächsten Wahlen: Konservative 141, Freikonservative 63, Nationalliberale 75, Freisinnige Volkspartei 24, Freisinnige Vereinigung 9, Zentrum 95, Polen 13; bei keiner Fraktion waren 8 (die Dänen Meißner und Hauffen, die Antiklerikaler Werner und Dattmann, ferner Kille, Dr. Zahn, Bobelshpöningh und Seid).

### Schule.

Aus Pommern schreibt man der „Frankf. Ztg.“: Daß Schulklassen anstehender Krankheiten halber geschlossen werden, gehört zu den allfälligen Erscheinungen; daß aber in einer pommerischen Randschule behördlichseits der Unterricht ausgesetzt worden mußte, weil die gesamte Klasse mit Läuse befallen war, dürfte glücklicherweise seltener vorkommenden Fällen zurechnen. In Suabernsche Feibus (Kreis Greifenberg) geschah's vor kurzer Zeit. Die Schüler erkrankten eine auffallende Anzahl, nach kurzer Zeit begann ein verheerendes Fieber und Krämpfe in allen Klassen, sowohl bei den Knaben als auch bei den Mädchen und durch nichts war die Disziplin aufrecht zu erhalten. Bei genauer Untersuchung stellten die beiden Lehrer fest, daß die Schüler vollständig mit Läuse besetzt waren. Ob dieser Sündenfleck des Unterrichts wägen die Lehrer keinen anderen Ausweg, als telephonische Meldung beim zuständigen Bezirksamt, das dann die sofortige Schließung der Schule anordnete. Das Schulhaus ein eifriger Prüfling Schulpaal, wird nun wohl jählich daraufhin untersucht werden müssen, wieweit die festsitzenden Eindringlinge bereits vorgezogen sind.

### Allgemeine Mitteilungen.

Die Lenkungsanlagen für die Reichsbeamten sind am 1. d. M. in Höhe von über 23 Millionen Mark (davon 21 für die Reichspostverwaltung) zur Auszahlung gelangt. Die mittleren Beamten erhielten 150, die unteren 100 Mark. Die vom Reichstage bewilligten Dinarlenkungsanlagen können erst mit Beginn des dritten Quartals gezahlt werden und kommen dann mit rückwirkender Kraft vom 1. April ab zur Auszahlung.

Von der VII. Generalversammlung des Deutsch-Engelischen Frauenbundes in Potsdam wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die VII. Generalversammlung des Deutsch-Engelischen Frauenbundes gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die in die Öffentlichkeit gelangte beunruhigende Nachricht, daß im Reichsgesundheitsamt die Einführung der Kaserneierung der Prostitution für das gesamte Gebiet des Reiches beschlossen sei, auf einem Irrtum beruhe, und daß in maßgebenden Kreisen nicht diese Absicht bestehe. Die Einführung der Kaserneierung würde das rechtliche Bewußtsein des Volkes schädigen, das sittliche Gewissen verwirren und das Wohl der Jugend und der Familie auf schwere Bedrohen.“

Der Verein Deutscher Speibereiter hielt gestern in Hamburg seine 20. Hauptversammlung ab unter Leitung seines neuen Vorsitzenden, des Geh. Kommerzienrats Jakob-Berlin.

### Beer und Flothe.

Die Hundertjahrfeier der Kolberger Grenadiere. Stargard, 2. Juni. Prinz Eitel Friedrich ist als Vertreter des Kaisers zur Teilnahme an der Hundertjahrfeier des Kolbergers Grenadier-Regiments

(Groß-Greifswald) Nr. 9 heute vormittag hier eingetroffen. Bei der Parade verlas Prinz Eitel Friedrich eine kaiserliche Kabinettsorder, durch die den einzelnen Bataillonen Fahnenbänder verliehen werden. Eine weitere Kabinettsorder verleiht dem ersten und zweiten Bataillon das Kolbergersche Stempel. Dadurch wird das Gründungsjahr des Regiments in das Jahr 1717 zurückverlegt. Die dritte Kabinettsorder verteilt Auszeichnungen.

— Kaiserliche Marine. S. M. S. Fürst Bismarck ist mit dem Chef des Kreuzergeschwaders am Bord am 1. Juni in Neapel eingetroffen und geht am 2. Juni nach Genoa weiter. Die 1. Minenschiffbrigade hat am 31. Mai in Cuxhaven außer Dienst gestellt. Es sind eingetroffen: S. M. S. Man und S. M. S. Grille am 31. Mai in Kiel. S. M. S. Nymphe am 1. Juni in Kiel. S. M. S. Minden am 30. Mai in Wobbe (Abfahrt am 1. Juni). Es sind in See gegangen: S. M. S. Vulkan am 1. Juni von Kiel (Ankunft in Cuxhaven am gleichen Tage), S. M. S. Fuchs am 30. Mai von Kiel (Poststation bis 6. Juni Sonderburg, dann wieder Kiel), S. M. S. Albatros am 31. Mai von Wilhelmshaven (Poststation bis auf weiteres Kiel).

## Ausland.

### Von der Universität Innsbruck.

Aus Innsbruck wird telegraphisch gemeldet: Durch Verfügung des Unterrichtsministers wurden sämtliche Vorlesungen an der Universität um 12 Uhr mittags sistiert. Die Universität wurde bis auf weiteres gesperrt. Als Grund dieser Verfügung wird angegeben, daß angesichts der Wiedereröffnung der Lehrtätigkeit des Professors Wahren und seiner schmerzhaften Befürchtungen sind. Bisher hat sich kein Zwischenfall ereignet.

### Die Zurückziehung der internationalen Truppen aus Kreta.

Aus Konstantinopel meldet das Wiener Korrespondenz-Bureau: Die Sparte hat den Vorkämpfern ein Entschuldigendes die Zurückziehung der internationalen Truppen aus Kreta übermitteln. Der türkische Vorkämpfer in London hat der Sparte gemeldet, England möchte den Vorkämpfer, ein türkisches Detachement von etwa 20 Mann zum Schutz der türkischen Flagge auf Kreta zurückzulassen.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 3. Juni.

### Die Landtagswahl

findet heute für die

III. Abteilung von 9—12 Uhr,

II. Abteilung von 1/2—2 Uhr,

I. Abteilung von 2 1/2—3 1/2 Uhr statt.

Der Wahlakt ist sehr einfach; man hat nur nötig, sich innerhalb der in Betracht kommenden Stunden in sein Wahllokal zu begeben und dort zwei Namen zu nennen, die man als Wahlmänner wünscht. Zeitverlust entsteht also nicht!

Ein Zettelverteiler händigt am Wahllokal den Wähler Zettel ein, auf denen die liberalen Wahlmänner verzeichnet stehen. Man achte darauf, daß man die liberalen Wahlmänner nicht mit den konservativen verwechselt!

Und nun nochmals: Nehle kein liberale Mann beim Wahlakt; tue jeder seine Pflicht, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben!

### Statistisches vom Monat April.

Das statistische Amt hat jetzt die Monatsberichte für den Monat April herausgegeben, denen wir folgendes entnehmen:

### Die Bevölkerungszahl.

weist 178 000 Einwohner nach, von denen 86 064 männlichen und 91 256 weiblichen Geschlechts sind. Die Frauen sind uns an Zahl also um 4292 überlegen.

### Auf dem Wehramt

wurden 4097 Pfänder verlehrt. Die Lizenzen besitzenden sich auf 53 406 und die Darlehen auf 27 058 Mk. Eingelöst wurden 3261 Pfänder, die auf 43 732 Mk. variert werden und auf die 22 055 Mk. geliehen waren. Die Zahl der Auktionsverläufe betrug 201.

### Die Rechtsauskunftsstelle

wurde 350mal in Anspruch genommen, 139mal von Männern und 120mal von Frauen, außerdem fanden 91 wiederholte Rückfragen statt. Die größte Zahl der Auskünfte wurde über das Mietrecht erteilt, nämlich 50, dann folgte die über die Gewerbeordnung mit 40, die über die Gemeindeordnung mit 36 und die über den Dienstvertrag mit 22. Die Hauptzahl der Auskünfte wurden rekrutiert sich aus den Berufswesen, nämlich 37, denn folgten die Arbeiter mit 54, die mit verchiedenen Berufen 31, die Handwerker 29, die Dienstboten 22, die angeleiteten Kaufleute 20, die Beamten 16, die selbständigen Kaufleute 6 und die weiblichen Angelegten (Stützen, Kinderärztinnen usw.) 4.

### Sächsisch-Thüringischer Dampfessel-Revisions-Berein.

In der am 1. Juni abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung, die Herr Gas- und Wasserwerksdirektor Schreyer leitete, wurde zunächst der Bericht des Vorstehenden vorgelesen.

Am 1. April 1907 unterstanden der Vereinsüberwachung 3578 Dampfessel bei 151 Mitgliedern, am 31. März 1908 dagegen 3715 Dampfessel bei 1167 Mitgliedern. Einschließlich der im staatlichen Auftrage überwachten Dampfessel betrug die Gesamtzahl der im Jahre 1907 überwachten Kessel 6014. Außerdem waren noch der Vereinsüberwachung unterstellt 444 Dampfessel, 132 nicht unterwerfungspflichtige Apparate und 457 Schmelzmaschinen von Vereinsmitgliedern, sowie 1026 Gegenstände zur einmaligen Prüfung, zusammen 8317 Objekte, gegen 7568 im Vorjahre. Endlich wurden von den Ingenieuren des Vereins 109 Aepelentnahmen und 7 Fahrtritte der Abnahmeprüfung unterzogen, sowie 27 Kraftfahrzeuge und 29 Fährer geprüft. Auf elektrotechnischen Gebieten hat die Tätigkeit des Vereins eine weitere Steigerung erfahren. Unterteilt waren ihm zur Über-

wachung 232 elektrische und 49 Blitzableiteranlagen. Von dem Vorkämpfer des Vereins wurden im Berichtsjahre 308 im staatlichen Auftrage zu überwachenden Anlagen mit 412 Kesseln, sowie 257 Anlagen von Vereinsmitgliedern mit 412 525 Kesseln beauftragt, wobei verschiedentlich Mängel an Feuerungseinrichtungen, sowie ungenügende Anlagen an Befestigungswegen. Zwei neue Ingenieure sind dem Verein beigetreten. Die Rechnung für 1907 zeigte eine Einnahme von ordentlichen Beiträgen 59 576,24 Mk., eine Ausgabe von 168 259,78 Mk., darunter Gehälter usw. 94 640,59 Mk., Revisions-Markt. Die Vermögensaufstellung zeigt mit 82 654,40 Mk. zu Buche, das Gutshaben beim Halleschen Bankverein beträgt 57 972,40 Mk. Die Rechnung wurde entlassen. Der Etat für 1908 wurde in Einnahme und Ausgabe gleich auf 176 200 Mk. festgesetzt. Die nach dem Turnus auszuführenden Herren B. Heinicke, E. Eberius und A. Wirtz wurden dem Vorstand wiederbewählt, desgleichen die bisherigen Revisoren. Der Bericht des Herrn Oberingenieurs Thiemme erregt demnächst im Druck. Nach der Sitzung gemeinsames Essen.

Der Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphen-Beamten, Ortsverein Halle, läßt seine Mitglieder auf Donnerstag abend 9 Uhr nach dem „Schulhaus“ zu einer geschäftlichen Sitzung ein. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Punkte: Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Besoldungsabwärtler, „Vorgehaltentum und Organisation in der Reichspostverwaltung“ von Hildebrandt.

Die Stenographische Gesellschaft „Gabelberger“ hält ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung am Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Hotel „Deutscher Hof“, Brandstr. 3, ab. Die nächste Versammlung findet Mittwoch abend 8 1/2 Uhr im Hotel „Zur Post“ statt.

### Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für die Inhalt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfang der Einsender verantwortlich.)

### Parasitismus im Zoologischen Garten.

Ein eigenartiger Modus, der in weiten Kreisen nicht verständlich ist und vor allem bei einem großen Teile der Abonnenten hart verdroßen hat, hat im Mai betreffs des Schlußes des Jahres im Zoologischen Garten geschehen, und es wäre durchaus beauerlich, wenn dies auch im Juni so bleiben sollte. Der Park wird um 8 Uhr gesperrt, der Eintritt ist aber nur bis 7 Uhr gestattet.

Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß der größte Teil der in täglichen Beruf stehenden Abonnenten, für die hiermit speziell gesprochen werden soll, sein Tagewort so zeitig nicht vollbracht hat, daß man schon vor 7 Uhr am Parkeingang sein kann, um sich noch ein Stündchen zu ergötzen. Es ist in dieser Zeit, wo die Natur am schönsten ist, die Tage schon ziemlich lang sind, noch zu erwarten, daß der Eintritt mindestens bis 3 Uhr gestattet ist, und die Direktion sollte durch solche Maßnahmen, wie die hier besprochenen, nicht ihre Abonnenten zwingen, sich die Frage vorzulegen: Werden wir im nächsten Jahre wieder abhimmeln?

### Entwurf der Direktion.

Alle dauernden Freunde des Gartens wissen, daß der Schluß des Gartens allmonatlich im Herbst, im Winter wird um 4 Uhr der Garten gesperrt, im Sommer, also jetzt, um 8 Uhr. Die Sperrung eine Stunde vor Schluß der Tore hat sich als notwendig herausgestellt, weil sonst viele Personen noch kurz vor Schluß, das heißt jetzt kurz vor 9 Uhr, auf den Berg gehen und dann die Räume des Gartens bei der Art der Befestigung nur schwer zu bewerkstelligen ist. Man muß doch auch einsehen, daß die Wärrer nicht bis in die späte Nacht am Plage sein können, und ebenso wenig kann man das Publikum unbewußtlich lassen, denn es geht leider gar zu viele Personen, die da meinen, die Wärrer seien beglückt, die Zühterbeten seien nicht für sie da, sie wissen nicht was den Tieren gut ist. Es ist in erster Linie gemeint, noch dieser Richtung hin eine Beförderung eingeleitet, vor allem auch mit dem unklaren Gittern von Ästen und Jäcker, aber Verstehe werden lieber noch täglich beobachtet und gerade bei Tieren, die ganz besonders vorsichtig behandelt werden müssen, nämlich bei jungen.

Erwidern auf das Eingeladene in Nr. 250 dieser Zeitung betr. Hunde und Elektrifizierung.

Die Herren Einsender scheinen eine schärfste Beobachtungsgabe zu haben. Die Abschaffung der Hunde läuft bellend den Weg voran, nicht leuchtend hinterher. Jeder Hundebesitzer weiß, was er seinem Tier zumuten kann und darf. Für einen gewissen Hund und ein Weibchen eine ausgezeichnete Art. Wenn die Herren ein solches Tier beobachten könnten, mit welcher Begierde es — nach Tränkung und Ruhe — sein Futter nimmt, dann würden sie anderer Meinung sein.

Der hiesige Tiergärtnerverein unter der Leitung seines verehrten Vorsitzenden, dem Herrn Rechtsanwält Kettmiller, hätte seine Mitglieder schon längst auf etwaige böse Folgen aufmerksam gemacht, wenn eben welche vorhanden wären.

Die Herren Einsender sind eben eine Mitgliedschaft des hiesigen Tiergärtnervereins, sonst hätten sie ein solches Eingeladene unterlassen.

Ein Mitglied des hiesigen Tiergärtnervereins. E. v. B.

## Provinzial-Nachrichten.

### Drei Menschen beim Baden ertrunken.

Leipzig, 2. Juni. Am gestrigen Tage hat die Partie zwei Opfer gefordert. Auf Schönefelder Fluß ertrank beim Baden der 17jährige Buchbinderehrliche Hühnsche aus Leipzig-Waldmarstodt. Wahrscheinlich hat den bedauernden jungen Mann ein Hühnschlaf getroffen. Ferner ertrank in Rodau beim Baden an verbotener Stelle der 12jährige Schulknaube Gebhardt. In beiden Fällen konnten die Leichen der Verunglückten trotz eifrigem Suchens bisher noch nicht gefunden werden. Ferner ertrank beim Baden in einem Teiche der Versuchsperson von Sart & Co. in L.-Leinischdöber der 53jährige Arbeiter Karl Hermann Dath, wohnhaft Klingenbergstraße Nr. 13 in L.-Pflaßguth.

Witten, 1. Juni. (Ertrunken.) Ein Unglücksfall, welcher wiederum die Eltern mahnt, ihre Kinder nicht unbewußt zu lassen, hat die Familie des Wühlensbüchlers Moritz Dörner hier betroffen. Das 14jährige Tochterchen Dora hatte sich in einem unbewachten Augenblick aus dem











